

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Heinz-Herbert Noll

Die individuelle Betroffenheit und subjektive
Wahrnehmung von Beschäftigungsproblemen

11. Jg./1978

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Die individuelle Betroffenheit und subjektive Wahrnehmung von Beschäftigungsproblemen

Ergebnisse einer Repräsentativbefragung

Heinz-Herbert Noll*

Der vorliegende Beitrag stellt Ergebnisse aus einer für die Bundesrepublik repräsentativen Bevölkerungsumfrage vor, die primär erhoben wurde, um das im Rahmen des SPES-Projekts entwickelte System sozialer Indikatoren für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen zu ergänzen und zu vertiefen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Ermittlung der individuellen Betroffenheit von Beschäftigungsproblemen, wie z. B. erfahrene Arbeitsplatzverluste und Arbeitslosigkeit und deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung. Dabei werden auch Fragen der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Diskussion angesprochen, wie z. B. das Interesse der Erwerbstätigen an Arbeitszeitverkürzungen und ihre Bereitschaft, sich an einer Politik der Arbeitsumverteilung zu beteiligen.

Die Untersuchung der latenten Erwerbswünsche ergab, daß jeder dritte Nichterwerbstätige den Wunsch hat, berufstätig zu sein, ohne dies in der augenblicklichen Situation und unter den gegebenen Umständen realisieren zu können. Unter den Hausfrauen im erwerbsfähigen Alter trifft dies sogar für jede zweite zu.

Jeder fünfte Erwerbstätige würde seine derzeitige Stelle lieber gegen eine andere tauschen, wenn sich dazu eine Gelegenheit ergeben würde.

Die Erwerbstätigen beurteilen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt inzwischen weitaus pessimistischer als vor der Beschäftigungskrise. Dabei zeigt sich, daß die subjektive Bewertung die realen Erfahrungen weitgehend zuverlässig widerspiegelt.

Fast ein Viertel aller Befragten gibt an, den Zustand der Arbeitslosigkeit aus eigener Erfahrung zu kennen und in ihrem bisherigen Berufsleben mindestens einmal länger als einen Monat unfreiwillig arbeitslos gewesen zu sein. Die Zukunftsungewißheit, die Beeinträchtigung des Lebensstandards und die negative Beeinflussung des Familienlebens werden als wichtigste Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit angesehen. Die Bewertung der finanziellen Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit fällt überraschend kritisch aus.

Ein Drittel der abhängig Beschäftigten würde eine kürzere Arbeitszeit dem gegenwärtigen Umfang vorziehen. Achtzig Prozent aller Erwerbstätigen erklären sich bereit, durch eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit eine Umverteilung des Gesamtarbeitsvolumens zu unterstützen, wobei aber nur dreißig Prozent dabei auch Einkommensverluste in Kauf nehmen würden.

Gliederung

1. Einleitung
2. Erwerbswünsche, Stellenzufriedenheit und Arbeitszeitpräferenz
 - 2.1 Erwerbswünsche und -barrieren
 - 2.2 Die Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit als subjektiver Indikator für ein qualitatives Beschäftigungsdefizit
 - 2.3 Arbeitszeitpräferenzen und die Bereitschaft der Erwerbstätigen zu einer Politik der solidarischen Umverteilung der Arbeitszeit
3. Risiken und Chancen auf dem Arbeitsmarkt
 - 3.1 Die erfahrene und wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes
 - 3.2 Die subjektive Beurteilung der Arbeitsmarktchancen

4. Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und ihre Bedeutung
 - 4.1 Betroffenheit oder Erfahrung mit Arbeitslosigkeit
 - 4.2 Dimensionen der Bedeutung von Arbeitslosigkeit und ihre Wichtigkeit
 - 4.3 Die subjektive Beurteilung der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit

1. Einleitung

Im Sommer 1977 haben sich Mitglieder der Sozialpolitischen Forschergruppe Frankfurt/Mannheim (SPES-Projekt) an der vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen durchgeführten Mehrthemenbefragung „ZUMABUS 1977“ beteiligt¹⁾, um das vorliegende SPES-Indikatorensystem²⁾ durch zusätzliche Informationen in zwei inhaltlichen Bereichen – Beschäftigung und Partizipation – zu ergänzen, zu vertiefen und zu verbessern. Darüber hinaus sollte aber zugleich auch eine Datenbasis für weitergehende Analysen geschaffen werden. An dieser Stelle sollen erste Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden, soweit sie Probleme der Beschäftigung betreffen. In der für diesen inhaltlichen Bereich zur Verfügung stehenden Interviewzeit konnten insgesamt 16 Fragen gestellt werden.

Die Konzeption des Befragungsprogramms knüpft an die bisher vorliegenden Ansätze eines Indikatorensystems für

* Dipl.-Soziologe Heinz-Herbert Noll ist Mitarbeiter im SPES-Projekt der Sozialpolitischen Forschergruppe Frankfurt/Mannheim, mit Sitz am Lehrstuhl für Soziologie III an der Universität Mannheim. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

1) Die Mittel für diese Umfragebeteiligung wurden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellt, die auch das SPES-Projekt finanziert.

2) Vgl. dazu Zapf, W. (Hg.), Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt/New York 1978.

den Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen an³). Insbesondere wurde versucht, wenigstens einige der dort erkannten Informationslücken zu schließen, die sich an vielen Stellen in unerfreulich großen Diskrepanzen zwischen den unter Validitätskriterien theoretisch als angemessen erachteten und den tatsächlich quantifizierbaren Indikatoren niedergeschlagen haben.

Der geringe Umfang der zur Verfügung stehenden Interviewzeit machte die Konzentration auf wenige Zieldimensionen erforderlich. Bei der Aktualität der Beschäftigungsproblematik lag es nahe, die Befragung auf ausgewählte Dimensionen der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu konzentrieren. Dabei war zu berücksichtigen, daß das Instrument der repräsentativen Bevölkerungsumfrage nicht für alle interessierenden Fragestellungen gleichermaßen gültige und zuverlässige Informationen verspricht. Nicht zuletzt deshalb nimmt auch die Ermittlung von subjektiven Situationsdeutungen und Beurteilungen im Befragungsprogramm relativ großen Raum ein. Die mit den Umfrageergebnissen beabsichtigten Untersuchungen beziehen sich auf drei Komplexe von inhaltlichen Fragestellungen:

- Die Messung von Arbeitsmarktdysfunktionalitäten im Rahmen eines Konzeptes quantitativer und qualitativer Beschäftigungsdefizite .
- Die Deskription erfahrener und subjektiv wahrgenommener Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsmarktchancen.
- Die Identifizierung des Ausmaßes an erfahrener Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung und die Bestimmung der Bedeutung der Arbeitslosigkeit im gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontext.

Die ZUMA-Mehrthemenbefragung 1977 umfaßt insgesamt 2 002 Personen. Zielpopulation waren alle in der Bundesrepublik und West-Berlin in Privathaushalten wohnenden Deutschen ab 18 Jahren. Die Befragungspersonen wurden durch eine geschichtete, mehrstufige Zufallsstichprobe (ADM-Master-Sample) ausgewählt. Die Feldarbeit wurde in der Zeit vom 1. Juni bis 11. Juli 1977 von Infratest München durchgeführt. Die Ergebnisse der Befragung liegen in der Form einer OSIRIS-Datei vor. Alle Rechenarbeiten bei der Auswertung der Daten wurden am Rechenzentrum der Universität Mannheim, überwiegend mit dem Statistikprogramm SPSS, durchgeführt.

2. Erwerbswünsche, Stellenzufriedenheit und Arbeitszeitpräferenz

2.1 Erwerbswünsche und -Barrieren

Mit der Ermittlung des Ausmaßes an unbefriedigten Erwerbswünschen unter den Nichterwerbstätigen wurde ein erster Versuch unternommen, jenes Beschäftigungsdefizit wenigstens annäherungsweise zu quantifizieren, das mit dem Begriff der „latenten Arbeitslosigkeit“ bezeichnet wird. Latente Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn Nichterwerbstätige, die gerne erwerbstätig sein würden, ihren Erwerbswunsch unter den gegebenen Arbeitsmarktverhältnissen und/oder infrastrukturellen Bedingungen nicht realisieren können. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Arbeitsplätze in unzureichender Menge angeboten werden, die Arbeitszeitregelungen zu unflexibel sind, die Verkehrsverbindungen nicht ausreichen oder Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen.

Die subjektiven Beschäftigungswünsche erwerbsfähiger Personen sind diesem Konzept nach das entscheidende Kriterium für die Feststellung, ob in einer Gesellschaft ein ausreichendes Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten vorliegt oder nicht. Diese, einem Bedürfnisansatz verpflichtete Sichtweise findet auch in der politischen Diskussion zunehmend Anerkennung und wird normativen Aussagen über eine angemessene Erwerbsbeteiligung neuerdings vorgezogen. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat zum Beispiel das Ziel der Vollbeschäftigung so interpretiert, daß „jedem der dies wünscht, die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit gegeben sein soll“⁴). Wenn man nicht davon ausgeht, daß jeder Wunsch nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sich auch in einer effektiven Nachfrage nach einem Arbeitsplatz manifestieren muß und damit einem naiven Marktmodell folgt, so scheint es plausibel, bei der Ermittlung unbefriedigter Erwerbswünsche auf das Instrumentarium der Repräsentativbefragung zurückzugreifen.

In der vorliegenden Befragung wurde der Wunsch, berufstätig zu sein, für die Population der Nichterwerbstätigen mit einer Frage ermittelt, die aus einer Untersuchung der fünfziger Jahre zur sozialen Verflechtung in der Bundesrepublik übernommen wurde⁵). Sie lautet: „Würden Sie sich wünschen oder nicht wünschen, heute irgendwo berufstätig zu sein?“. Mögliche Bedenken gegen die Frageformulierung wurden angesichts der Chance, einen Zeitvergleich vornehmen zu können, zurückgestellt, da die Indikatorenforschung mehr als andere auf Zeitreihen und damit Kumulation in der Datenerhebung angewiesen ist.

Unsere Untersuchung ergab, daß jeder dritte Nichterwerbstätige eine Berufstätigkeit wünscht und demnach seinem aktuellen Status vorziehen würde. Ein Drittel gibt an, für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu alt oder zu krank zu sein, und weitere 32 Prozent erklären, eine Berufstätigkeit nicht zu wünschen. Tabelle 1 zeigt die genaue Antwortverteilung für die drei in diesem Zusammenhang unterschiedenen Gruppen von Nichterwerbstätigen: Hausfrauen, Rentner und Schüler beziehungsweise Studenten.

Tabelle 1
Die Erwerbswünsche verschiedener Gruppen von Nichterwerbstätigen – in Prozent –

	Haus- frauen	Rentner	Schüler/Studen- ten, ohne Beruf	Zahl der Fälle
Sehr wünschen	16	4	25	117
Gemäßigt wünschen	25	7	32	178
Unentschieden	2	2	6	23
Nicht wünschen	35	28	33	307
Zu alt, zu krank	21	59	3	337
Keine Antwort	–	–	1	3
Gesamt N =	500	386	79	965

Frage: Würden Sie sich wünschen oder nicht wünschen, heute irgendwo berufstätig zu sein?

Während nur ein geringer Teil der Rentner einen Wunsch nach Erwerbstätigkeit artikuliert und die Angaben der Schüler und Studenten nicht in der gleichen Weise interpretierbar sind wie die der anderen Gruppe, weil sie sich noch in einem vorberuflichen Stadium der Biographie befinden, beträgt der Anteil derjenigen, die sich eine Berufstätigkeit wünschen, unter den Hausfrauen, der größten und unter Erwerbspotentialgesichtspunkten relevantesten Gruppe unter den Nichterwerbstätigen, mehr als 40 Prozent. Von den Hausfrauen im erwerbsfähigen Alter wünscht sich mit 55 Prozent mehr als

3) Vgl. Noll, H.-H., Soziale Indikatoren für Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen. In: W. Zapf, a.a.O., S. 209-322.

4) Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik, Bonn 1974, S. 7.

5) Vgl. Reigrotzki, E., Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik, Tübingen 1956.

jede zweite, berufstätig zu sein. Dieser Anteil steigt in der Gruppe der 25- bis 34jährigen Hausfrauen sogar bis auf über 70 Prozent an und ist in der Gruppe der 50- bis 63jährigen mit 25 Prozent am geringsten. Ein Einfluß der schulischen Bildung auf die Häufigkeit eines Erwerbswunsches konnte in unserer Untersuchung nicht festgestellt werden; auch das Niveau der beruflichen Bildung wirkt sich nur geringfügig aus. Einen deutlicheren Einfluß übt dagegen die Höhe des Haushaltseinkommens darauf aus, wie groß der Anteil derjenigen ist, die sich eine Erwerbstätigkeit wünschen. Hausfrauen mit einem Haushaltseinkommen von mehr als DM 2 000 (netto) gaben mit 44 Prozent signifikant⁶⁾ häufiger an, nicht berufstätig sein zu wollen, als Hausfrauen mit einem Haushaltseinkommen von weniger als DM 2 000 (33 Prozent)⁷⁾.

Gerade wenn man feststellt, daß der Wunsch nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonders unter den nichterwerbstätigen Hausfrauen sehr verbreitet ist, stellt sich die Frage, warum dieser Erwerbswunsch nicht realisiert wird oder werden kann. In einer diesbezüglichen Frage wurden in Anlehnung an eine frühere Untersuchung von Weltz⁸⁾ verschiedene mögliche Hinderungsgründe genannt und deren subjektive Relevanz ermittelt.

Tabelle 2
Gründe für die Nichtrealisierung von Erwerbswünschen der nichterwerbstätigen Hausfrauen im Alter von 18 bis 63 Jahren¹⁾
– in Prozent –

	Genannt	Nicht genannt	Keine Antwort
Es gibt hier z.Z. keinen Arbeitsplatz für mich	14	82	4
Es gibt hier keinen Teilzeitarbeitsplatz	30	66	4
Es gibt hier keine Arbeitsplätze, wo ich mir die Zeit frei einteilen kann	21	75	4
Mir fehlen die nötigen beruflichen Kenntnisse	14	82	4
Es gibt keine ausreichenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung	34	62	4
Ich möchte mein Kind nicht in fremde Hände geben	40	56	4
Es würde sich finanziell nicht lohnen	11	85	4
Ich wäre gesundheitlich den Anforderungen nicht gewachsen	10	86	4
Ich bin zu alt	9	87	4
Ich möchte zunächst meine Ausbildung abschließen	1	95	4

¹⁾ Nur Befragte, die einen Wunsch nach Erwerbstätigkeit äußerten (N = 198).

Frage: Der Eintritt ins Berufsleben kann ja unter Umständen mit Schwierigkeiten verbunden sein. Sehen Sie sich bitte einmal diese Liste an. Was davon könnte für Sie persönlich eine Rolle spielen?

6) Die statistische Signifikanz wurde nach dem Chi-Quadrat-Test ermittelt. Als statistisch signifikant werden Ergebnisse bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von ≤ 5 Prozent bezeichnet.

7) Die beschränkte Stichprobengröße erlaubt es nicht, den Einfluß der Einkommensvariablen differenzierter zu untersuchen.

8) Weltz, F., Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit – Ergebnisse einer Umfrage, hektographierter Forschungsbericht, München 1970.

9) Die entsprechende Frage lautete: „Ist oder wäre es für Sie eigentlich leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden?“

¹⁰⁾ Vgl. Noll, H.-H., a. a. O., S. 257.

Wie Tabelle 2 zeigt, sind die Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung für die Gruppe der Hausfrauen, die den Wunsch haben, erwerbstätig zu sein und im erwerbsfähigen Alter sind, die meistgenannten Gründe, die einer Realisierung ihres Wunsches entgegenstehen. Von 40 Prozent dieser Hausfrauen wird der Grund „Ich möchte mein Kind nicht in fremde Hände geben“ und von 32 Prozent werden fehlende Möglichkeiten der Kinderbetreuung als Hinderungsgrund genannt. Daneben sind aber offensichtlich auch das mangelhafte Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen und die geringe Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung wesentliche Gründe, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bei den Hausfrauen verhindern.

Von den Rentnern, die noch gerne erwerbstätig sein würden, wird ihr Alter, die gesundheitliche Überforderung, der generelle Mangel an Arbeitsplätzen und das Fehlen von Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung am häufigsten genannt. Schüler und Studenten werden erwartungsgemäß primär durch die noch nicht abgeschlossene Ausbildung an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gehindert.

Die Vermutung, daß es neben der offenen Arbeitslosigkeit auch ein Beschäftigungsdefizit in einer latenten Form gibt, wird durch die erhobenen Daten nicht widerlegt, sondern unterstützt: Ein großer Teil der Nichterwerbstätigen, unter den Hausfrauen im erwerbsfähigen Alter jede zweite, äußert den Wunsch, erwerbstätig zu sein, ohne dies in der gegenwärtigen Situation und unter den gegebenen Umständen realisieren zu können. Allerdings, das deuten unsere Ergebnisse an, kann dieser Befund nicht allein dem Arbeitsmarkt oder dem Beschäftigungssystem angelastet werden, obwohl immerhin zwei Drittel der Hausfrauen im erwerbsfähigen Alter, die gerne erwerbstätig sein würden, ihre Arbeitsmarktchancen subjektiv als gering einschätzen⁹⁾. Neben fehlenden oder zu unflexiblen Beschäftigungsmöglichkeiten sind es Mängel der Infrastrukturausstattung, aber auch Probleme der familiären Rollenverteilung, die bei bestimmten Gruppen die Aufnahme einer Berufstätigkeit verhindern. Dennoch spricht einiges für die Aufrechterhaltung der These, daß die Arbeitsmarktpolitiker die gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme unterschätzen, wenn sie „nur“ die registrierte Arbeitslosigkeit im Auge haben, die Versperrung des Zugangs zum Beschäftigungssystem für relevante Gruppen von Nichterwerbstätigen aber übersehen.

2.2 Die Zufriedenheit mit der eigenen Tätigkeit als subjektiver Indikator für ein qualitatives Beschäftigungsdefizit

Eine hohe Lebensqualität im Bereich des Arbeitslebens wird nicht allein schon dadurch gewährleistet, daß wer arbeiten will, überhaupt eine Gelegenheit dazu findet, sondern ist erst dann gegeben, wenn die berufliche Tätigkeit auch den Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Derartige Zielvorstellungen sind nur wenig umstritten und in den meisten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Programmen enthalten. Bei einer Diskrepanz zwischen der Präferenzstruktur der Arbeitsuchenden und Beschäftigten und der Art der angebotenen und eingenommenen Arbeitsplätze soll deshalb von einem qualitativen Beschäftigungsdefizit gesprochen werden. Die Messung eines derartigen Defizits wirft allerdings erhebliche Probleme auf. Deshalb konnte für diese Zieldimension bisher auch noch kein befriedigender Indikator angeboten werden¹⁰⁾. Im Rahmen dieser Repräsentativbefragung wurde erstmalig versucht, das Vorliegen eines qualitativen Beschäftigungsdefizits über einen subjektiven Indikator zu ermitteln. Mit der Frage „Entspricht Ihre gegenwärtige Stelle, was die

Tabelle 3
Die Zufriedenheit mit der eingenommenen Stelle nach verschiedenen sozialen Merkmalen

	Stelle entspricht meinen Vor- stellungen, %	würde lieber tauschen %	Zahl der Fälle
Erwerbstätige			
Insgesamt	82	18	965
Männer	83	17	607
Frauen	81	19	358
18-24 Jahre	68	32	129
25-34 Jahre	80	20	225
35-49 Jahre	84	16	385
50-65 Jahre	88	12	197
Beamte	92	8	100
Angestellte	84	16	378
Arbeiter	76	24	336
Volks-, Haupt- schulabschluß	79	21	597
Mittlere Reife	86	14	185
Fachhochschul-, Hochschulreife	91	9	127
Ohne berufliche Bildung	77	23	170
Gewerbliche Lehre	76	24	241
Kaufmännische Lehre	84	16	256
Berufsfach- schulabschluß, Meister, Techniker	88	12	181
Fachhochschul-, Hochschul- abschluß	91	9	106

Frage: Entspricht Ihre gegenwärtige Stelle, was die Arbeit selbst angeht, im großen und ganzen Ihren Vorstellungen, oder würden Sie Ihre Stelle lieber gegen eine andere tauschen, wenn Sie die Gelegenheit dazu hätten?

Arbeit selbst angeht, im großen und ganzen Ihren Vorstellungen, oder würden Sie Ihre Stelle lieber tauschen, wenn Sie die Gelegenheit dazu hätten?“ sollte die Zufriedenheit mit den arbeitsinhaltlichen Aspekten der Berufstätigkeit angesprochen und gleichzeitig der Einfluß der Arbeitsmarktkonstellation auf diese Zufriedenheit weitgehend ausgeschaltet werden.

Die Untersuchung ergab, daß jeder fünfte Erwerbstätige seine derzeitige Stelle bei Gelegenheit lieber gegen eine andere tauschen würde. Dies trifft für Frauen und Männer gleichermaßen zu. Einen deutlichen und signifikanten Einfluß übt die Altersvariable auf die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Stelle aus. Gegenüber 32 Prozent der 18- bis 32jährigen, die ihre Stelle lieber tauschen würden, sind es unter den 50- bis 65jährigen nur zwölf Prozent. Hier wird die generelle Erkenntnis der Zufriedenheitsforschung erneut bestätigt, daß die Zufriedenheit mit steigendem Alter zunimmt, wohl vor allem deshalb, weil Selektions- und Anpassungsprozesse dazu führen, daß die Personen sich im Laufe der Zeit mit den gegebenen Verhältnissen abfinden (11).

Beeinflußt wird die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Arbeitsstelle auch durch die Höhe des erreichten Schulabschlusses. Je höher der Abschluß, desto geringer ist der Wunsch,

sich zu verändern. Diesen Wunsch äußerten neun Prozent der Erwerbstätigen mit Abitur oder Fachhochschulreife gegenüber 21 Prozent der Erwerbstätigen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluß. Einen ähnlichen Effekt bewirkt auch das Niveau der beruflichen Bildung: Der größte Anteil von Zufriedenen findet sich in der Gruppe der Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen (91 Prozent), der geringste in der Gruppe der Erwerbstätigen mit einer gewerblichen oder landwirtschaftlichen Lehre (76 Prozent) oder ganz ohne Abschluß (77 Prozent).

Die Aufgliederung nach der Stellung im Beruf ergibt signifikante Unterschiede zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern. Während von den Beamten nur jeder 15. angibt, seine Stelle lieber gegen eine andere tauschen zu wollen, ist es unter den Arbeitern jeder vierte. Innerhalb der Gruppen der Beamten, Angestellten und Arbeitern läßt sich ein Zusammenhang derart nachweisen, daß Beschäftigte mit qualifizierten Tätigkeiten mit ihrer Stelle zufriedener sind als Beschäftigte mit weniger qualifizierten Tätigkeiten. Der größte Anteil von Beschäftigten, die eine andere Stelle ihrer gegenwärtigen vorziehen würden, findet sich unter den ungelerten Arbeitern mit 44 Prozent.

2.3 Arbeitszeitpräferenzen und die Bereitschaft der Erwerbstätigen zu einer Politik der solidarischen Umverteilung der Arbeitszeit

In der Diskussion über Möglichkeiten zur Lösung der andauernden Beschäftigungsprobleme nehmen Vorschläge zur Verkürzung oder einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit in ihren verschiedenen Dimensionen eine prominente Stellung ein. Zunehmend setzt sich dabei die Auffassung durch, daß es zu einer umverteilungsorientierten oder ‚arbeitszeitelastischen‘ Arbeitsmarktpolitik im Augenblick keine ernsthaftere Alternative gibt¹²⁾. Das immer noch zu beobachtende Zögern der arbeitsmarktpolitischen Akteure, in dieser Richtung initiativ zu werden, scheint nicht zuletzt darin begründet zu sein, daß hinsichtlich der Bereitschaft derjenigen, die eine Beschäftigung haben, entsprechende Maßnahmen zu akzeptieren und Solidarität zu beweisen, Unsicherheit besteht.

Die Ergebnisse unserer Umfrage legen nahe anzunehmen, daß diese Unsicherheit unbegründet ist und daß eine Politik der Arbeitszeitverkürzung, wenn auch nur unter bestimmten Bedingungen, gute Chancen hätte, bei den Betroffenen auf positive Resonanz zu stoßen.

Zu diesem Problembereich wurden zwei Fragen gestellt. Die eine bezieht sich auf die Ermittlung der Arbeitszeitpräferenzen der Erwerbstätigen und lautet: „Entspricht der Umfang Ihrer gegenwärtigen Arbeitszeit Ihren Wünschen, oder würden Sie zeitlich lieber mehr oder weniger arbeiten, wenn sich das an Ihrem Arbeitsplatz einrichten ließe?“. Bezieht man nur die abhängig Beschäftigten in die Auswertung ein, weil nur diese an von außen vorgegebene feste Arbeitszeiten gebunden sind, so zeigt die Antwortverteilung folgendes Bild: Sechs Prozent geben an, lieber mehr arbeiten zu wollen, 30 Prozent würden lieber weniger arbeiten und 64 Prozent finden die gegebenen Verhältnisse ‚gerade richtig‘. Die Aufgliederung nach der Stellung im Beruf (vgl. Tabelle 4) ergibt, daß der Anteil von Erwerbstätigen, die eine längere Arbeitszeit dem jetzigen Umfang vorziehen würden, unter den Arbeitern am größten ist. Unter den männlichen Arbeitern äußerten immerhin zehn Prozent einen entsprechenden Wunsch. Der Anteil derjenigen, die lieber in einem geringeren Umfang erwerbstätig sein würden, ist dagegen in der Gruppe der Angestellten am größten. Am häufigsten wurde diese Präferenz von den männlichen Angestellten mit 37 Prozent artikuliert.

¹¹⁾Vgl. Herzberg, F., u. a., Job Attitudes: Review of Research and Opinion, Pittsburg 1957, S. 11; sowie Kern, H., I. Schumann, M. Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt a. M. 1970, Bd. I, S. 187.

¹²⁾Vgl. Mertens, D., Arbeitslosigkeit darf kein Dauerschicksal sein, FAZ Nr. 158, 26. Juli 1978, S. 6.

Tabelle 4
Arbeitszeitpräferenz nach Stellung im Beruf und Geschlecht
- in Prozent-

	Lieber mehr arb.	Lieber weniger arb.	Gerade richtig	Zahl der Fälle
Abhängig Beschäftigte	6	30	64	813
Männer	6	29	64	531
Frauen	4	33	63	282
Beamte	1	28	71	99
Männer	1	27	72	79
Frauen	-	(35)	(65)	13
Angestellte	5	35	60	377
Männer	5	37	58	200
Frauen	6	33	61	177
Arbeiter	7	26	67	337
Männer	10	24	67	252
Frauen	1	32	67	85

Frage: Entspricht der Umfang Ihrer gegenwärtigen Arbeitszeit Ihren Wünschen, oder würden Sie lieber mehr oder weniger arbeiten, wenn sich das an Ihrem Arbeitsplatz einrichten ließe?

Die Daten bestätigen die Hypothese, daß die Arbeitszeitpräferenz, die auch als eine angestrebte Einkommens-Freizeit-Kombination verstanden werden kann, durch die Einkommenshöhe beeinflußt wird. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Arbeitszeitpräferenz und Haushaltseinkommen ergab eine signifikante Abhängigkeit in der Weise, daß der Wunsch, länger zu arbeiten, mit steigendem Haushaltseinkommen abnimmt, und der Wunsch, weniger zu arbeiten, mit steigendem Haushaltseinkommen zunimmt. Von den ganztags erwerbstätigen Arbeitern, Angestellten und Beamten mit einem Haushaltseinkommen bis zu DM 2 000 gaben zehn Prozent an, lieber mehr, und 29 Prozent an, lieber weniger arbeiten zu wollen. In der entsprechenden Gruppe von Erwerbstätigen mit einem Haushaltseinkommen von DM 3 000 und darüber wollten demgegenüber nur zwei Prozent lieber mehr, aber 38 Prozent lieber weniger arbeiten.

Insgesamt gesehen besteht auf der Grundlage dieser Resultate kaum Veranlassung, neben der bekannten Kurzarbeit ein relevantes Potential an partieller Arbeitslosigkeit zu vermuten. Viel gewichtiger als die Gruppe der partiell Unterbeschäftigten erweist sich vielmehr die Gruppe der Überbeschäftigten, also der Population, die den Umfang ihrer Arbeitszeit als zu groß und demnach als Belastung ansieht. Die Dominanz der Überbeschäftigung in diesem Sinne wird auch darin sichtbar, daß nur fünf Prozent der halbtagsbeschäftigten Frauen lieber länger arbeiten möchten, daß aber fast vier von zehn ganztagsbeschäftigten Frauen eine kürzere Arbeitszeit vorziehen würden. Auf der Basis derartiger Resultate kann vermutet werden, daß ein großer Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen nicht nur bei den arbeitslosen oder arbeitssuchenden, sondern auch bei den ganztagsbeschäftigten Frauen besteht. Eine Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen beziehungsweise eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit an den bestehenden Arbeitsplätzen würde daher nicht nur mehr Zufriedenheit (79 Prozent der halbtagsbeschäftigten weiblichen Arbeiter, Angestellten und Beamten sind mit ihrer gegenwärtigen Arbeitszeit zufrieden, gegenüber 57 Prozent der ganztagsbeschäftigten), sondern auch eine Reduktion des angebotenen Arbeitsvolumens bewirken und Arbeitsplätze freimachen für diejenigen, die gegenwärtig auf eine Beschäftigung verzichten müssen. Mit der zweiten Frage zu diesem Problembereich wurde die

Einstellung zu einer Politik der Arbeitszeitumverteilung und die Bereitschaft der Erwerbstätigen zur Solidarität mit den Arbeitslosen direkt angesprochen. Sie lautet: „In der öffentlichen Diskussion wird verschiedentlich die Meinung vertreten, das Problem der Arbeitslosigkeit könne nur durch Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Menschen gelöst werden. Wären Sie persönlich bereit, deshalb weniger zu arbeiten, auch bei Einkommensverlusten, wären Sie nur bei vollem Lohnausgleich bereit, oder wären Sie überhaupt nicht dazu bereit?“.

Die Kategorisierung der Antworten wurde unter dem tarifpolitisch zentralen Aspekt des Lohnausgleichs vorgenommen. Die Resultate weisen eine hohe Bereitschaft zu einer Politik der Arbeitszeitverkürzung aus. Acht von zehn Erwerbstätigen erklären sich persönlich bereit, durch einen Verzicht auf Arbeitszeit eine Umverteilung des Gesamtarbeitsvolumens zu unterstützen. Allerdings würden nur knapp 30 Prozent der Erwerbstätigen dabei auch Einkommensverluste in Kauf nehmen. Die genauere Untersuchung ergibt, daß Unterschiede in der Bereitschaft durch die Stellung im Beruf, die schulische und berufliche Bildung, den Verdienst und die DGB-Mitgliedschaft bedingt sind (vgl. Tabelle 5). Die Bestimmung der exakten Einflußstruktur und des Gewichts der einzelnen Faktoren bedarf allerdings noch weitergehender, insbesondere multivariater Analysen.

Die Bereitschaft, aus Solidaritätsgründen weniger zu arbeiten, nimmt mit dem Grad der schulischen und beruflichen Bildung und mit steigendem Einkommen zu. Auffällig ist, daß Arbeiter weit stärker als die übrigen Gruppen auf den vollen Lohnausgleich bestehen. Hier wirkt sich neben der Einkommenssituation offenbar auch der Einfluß der Gewerkschaftspolitik aus, wie die Untergliederung nach der DGB-Mitgliedschaft unterstreicht. Die Erfüllung der Forderung, daß Einkommenseinbußen zumindest von den Beziehern niedrigerer Einkommen nicht in Kauf genommen werden müssen, scheint denn auch die Bedingung dafür zu sein, daß eine Politik der Arbeitszeitumverteilung, wie sie derzeit gefordert und diskutiert wird, durchgeführt werden kann. Dann allerdings hätte sie gute Chancen, bei den davon betroffenen Erwerbstätigen Verständnis und Zustimmung zu erzielen.

3. Risiken und Chancen auf dem Arbeitsmarkt

3.1 Die erfahrene und wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes

Aus der Sicht der Erwerbstätigen wird die Arbeitsmarktpolitik zumal in Krisenzeiten primär nach der Sicherheit der eigenen Arbeitsplätze beurteilt, das heißt nach der Größe des Risikos, den eingenommenen Arbeitsplatz durch Um- oder Freisetzung zu verlieren. Die Bedrohung, die von einem Arbeitsplatzverlust ausgeht, wird dabei als um so stärker empfunden, je geringer die Chance ist oder als je geringer sie subjektiv wahrgenommen wird, umgehend eine mindestens gleichwertige Beschäftigung zu finden.

Bei dem Versuch, angesichts der im Hinblick auf diese Ziel dimensionen außerordentlich unbefriedigenden Datenlage, hierzu im Rahmen dieser Repräsentativbefragung nähere Aufschlüsse zu erzielen, wurde bei der Dimension „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ ein objektiver und ein subjektiver Aspekt unterschieden: die faktische Betroffenheit von Arbeitsplatzverlusten in dem als noch überschaubar angesehenen Zeitraum seit 1970 sowie die subjektive Einschätzung der Bedrohung des gegenwärtigen Arbeitsplatzes in der nahen Zukunft durch Arbeitslosigkeit oder erzwungenen Arbeitsplatzwechsel.

Tabelle 5
Bereitschaft zu einem solidarischen Arbeitszeitverzicht nach sozialen Merkmalen - in Prozent -

	Bereit, auch bei Einkommens- verlusten	Bereit, bei vollem Lohn- ausgleich	Nicht bereit	Zahl der Fälle
Erwerbstätige				
Insgesamt	27	53	20	963
Männer	26	54	20	576
Frauen	30	51	20	357
Arbeitnehmer				
Insgesamt	27	55	18	827
Beamte	39	44	16	99
Angestellte	31	52	18	377
Arbeiter	18	63	19	337
Schulabschluß				
Volks-/Hauptschule	22	60	18	521
Mittlere Reife	28	52	20	159
Fachhochschul-, Hochschulreife	46	42	12	113
Berufliche Bildung				
Mit Lehre	23	56	21	440
Fachschule/Meister/Techn.	25	55	20	142
Fachhochschule/Hochschule	51	36	11	92
Kein Abschluß	21	67	12	145
Nettoeinkommen				
Bis DM 700	18	56	26	55
DM 800 bis 1 300	26	58	16	214
DM 1 400 bis 1 900	23	62	15	262
DM 2 000 bis 2 900	37	44	19	124
DM 3 000 und mehr	33	41	26	58
Mitglied im DGB				
Ja	26	60	13	239
Nein	27	53	20	588

Frage: In der öffentlichen Diskussion wird verschiedentlich die Meinung vertreten, das Problem der Arbeitslosigkeit könne nur durch Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Menschen gelöst werden. Wären Sie persönlich bereit, deshalb weniger zu arbeiten auch bei Einkommensverlusten, wären Sie nur bei vollem Lohnausgleich dazu bereit, oder wären Sie überhaupt nicht dazu bereit?

Tabelle 6
Die Betroffenheit von Arbeitsplatzverlusten zwischen 1970 und 1977 nach Geschlecht, Stellung im Beruf, beruflicher Bildung und Alter - in Prozent -

	Arbeitsplatz verloren		Arbeitsplatz nicht verloren	Zahl der Fälle
	einmal	mehrmals		
Abhängig Beschäftigte und Arbeitslose	14	4	81	776
Männer	12	5	84	479
Frauen	19	3	78	297
Angestellte	12	2	86	396
Männer	9	2	90	204
Frauen	15	3	82	192
Arbeiter	18	6	76	366
Männer	14	7	79	267
Frauen	28	4	68	99
Ohne berufl. Bildungsabschluß	21	5	74	149
Mit Lehre	14	5	81	444
Meister, Berufsfachschul-, Fachhoch-, Hochschulabschluß	9	2	89	176
18 bis 24 Jahre	19	9	73	106
25 bis 34 Jahre	19	7	74	181
35 bis 49 Jahre	13	2	85	310
50 bis 65 Jahre	10	2	88	164

Frage: Haben Sie nach 1970 einmal oder mehrmals einen Arbeitsplatz verloren?

Wählt man als Bezugsgruppe die Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung als abhängig Beschäftigte erwerbstätig oder arbeitslos waren, so kommt man zu folgendem Resultat: 14 Prozent gaben an, in dem betreffenden Zeitraum einmal, und vier Prozent, mehrmals einen Arbeitsplatz verloren zu haben. Dabei erwies sich, daß Frauen mit insgesamt 22 Prozent signifikant häufiger von Arbeitsplatzverlusten betroffen waren als Männer mit 16 Prozent (vgl. Tabelle 6). Untersucht man Unterschiede nach der Stellung im Beruf, so sind vor allem die Gruppen von Interesse, die ein echtes Beschäftigungsrisiko tragen; das sind die Arbeiter und Angestellten. Für die Gruppe der Beamten ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes dagegen weitgehend durch institutionelle Regelungen garantiert. Unsere Ergebnisse zeigen, daß Arbeiter ihren Arbeitsplatz signifikant häufiger verloren haben als Angestellte. Wie aus der Tabelle hervorgeht, waren die männlichen Angestellten am wenigsten, die weiblichen Arbeiter dagegen am stärksten von Arbeitsplatzverlusten in den zurückliegenden Jahren betroffen.

Jede dritte der gegenwärtig erwerbstätigen oder arbeitslosen Arbeiterinnen hat nach 1970 mindestens einmal ihren Arbeitsplatz verloren. Als Erklärung für die im Durchschnitt geringere Arbeitsplatzsicherheit der Arbeiterinnen kommt die Tatsache in Frage, daß sie häufiger im Rahmen einer unqualifizierten Tätigkeit beschäftigt sind. Männliche Arbeiter, die als An- oder Ungelernte tätig sind, haben ihren Arbeitsplatz nahezu ebenso häufig verloren wie Arbeiterinnen. Die Untersuchung des Einflusses der beruflichen Bildung spricht ebenfalls für die Annahme eines entsprechenden Zusammenhangs, wie er auch aus der Arbeitslosenstatistik und Untersuchungen zur sozialen Rekrutierung von Arbeitslosen bekannt ist: Je geringer das Niveau der beruflichen Bildung, desto größer ist das Risiko des Arbeitsplatzverlustes. Von den potentiell bedrohten abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen ohne beruflichen Bildungsabschluß haben 26 Prozent ihren Arbeitsplatz zwischen 1970 und 1977 mindestens einmal verloren, von denjenigen mit einer gewerblichen, kaufmännischen oder landwirtschaftlichen Lehre 19 Prozent und von den Personen mit einem höheren beruflichen Bildungsabschluß nur 11 Prozent.

Die Aufgliederung der Ergebnisse nach dem Lebensalter bestätigt die Vermutung, daß die unteren Altersgruppen in den zurückliegenden Jahren überproportional häufig Opfer von Entlassungen und erzwungenen Arbeitsplatzwechseln gewesen sind. Gegenüber 26 Prozent der 18- bis 34jährigen gaben nur 14 Prozent der 35- bis 65jährigen an, ihren Arbeitsplatz nach 1970 mindestens einmal verloren zu haben.

Der Anteil von Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden, die ihren gegenwärtigen Arbeitsplatz als unsicher betrachten und befürchten, in naher Zukunft arbeitslos zu werden oder doch wenigstens ihre Stelle wechseln zu müssen, betrug im Sommer 1977 im Durchschnitt neun Prozent. Zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten ergaben sich diesbezüglich keine signifikanten Unterschiede. Bemerkenswert ist der mit 17 Prozent überdurchschnittlich hohe Anteil von Erwerbstätigen mit einer Fachhoch- oder Hochschulabschluß, die die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes als gering einschätzen. Ähnlich pessimistisch äußerten sich nur die Beschäftigten ohne einen beruflichen Bildungsabschluß. Von

ihnen befürchteten 15 Prozent, in naher Zukunft arbeitslos zu werden oder ihre Stelle wechseln zu müssen. Mit 18 Prozent überdurchschnittlich hoch ist dieser Anteil auch in der Altersgruppe der 18- bis 24jährigen. Mögliche Erklärungen für diesen Befund sind die in diesem Personenkreis noch vertretenen Lehrlinge, die nicht damit rechnen, weiterbeschäftigt zu werden, sowie das für diese Altersgruppe besonders hohe Entlassungsrisiko.

Diese Ergebnisse, die zeigen, daß Gruppen, die die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze vergleichsweise pessimistisch einschätzen, in der Regel mit denen identisch sind, die auch von Arbeitsplatzverlusten und Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind, können als Beleg dafür gewertet werden, daß sich die realen Gegebenheiten weitgehend zuverlässig im subjektiven Bewußtsein der potentiell Betroffenen widerspiegeln.

Die Bedeutung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes für die Wohlfahrt der Betroffenen hängt wesentlich davon ab, wie groß die Chance ist, bei einem Arbeitsplatzverlust wieder eine geeignete Stelle zu finden. Im Rahmen einer auf die Wohnbevölkerung bezogenen Repräsentativbefragung ist es selbstverständlich nicht möglich, die tatsächlichen Chancen der Wiedereingliederung nach einem Arbeitsplatzverlust zu ermitteln¹³). Vielmehr ging es hier darum zu untersuchen, wie Erwerbstätige ihre Arbeitsmarktchancen im Hinblick auf einen potentiellen Verlust ihres Arbeitsplatzes beurteilen. Situationsdeutungen und -evaluationen, wie zum Beispiel die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder die Überzeugung, jederzeit einen angemessenen Arbeitsplatz finden zu können, sind nicht nur als Handlungsdispositionen von Bedeutung und deshalb als erklärende Variablen zu verwenden, sondern sie stellen selbst zentrale Bestandteile der Lebensqualität dar¹⁴).

Die subjektive Beurteilung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt wurde für die Erwerbstätigen mit folgender Frage erhoben: „Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine geeignete Stelle zu finden?“. Auch diese Frage wurde einer früheren Studie entnommen, um einen zeitlichen Vergleich der Ergebnisse zu ermöglichen¹⁵).

3.2 Die subjektive Beurteilung der Arbeitsmarktchancen

Die Antwortverteilung dokumentiert eine insgesamt doch sehr pessimistische Perspektive: 37 Prozent aller Erwerbstätigen gaben an, daß es für sie leicht, 47 Prozent, daß es schwierig und 16 Prozent, daß es praktisch unmöglich sei, bei einem Arbeitsplatzverlust wieder eine geeignete Stelle zu finden. Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Antwortverteilung stellten sich als statistisch nicht signifikant heraus. Die Aufgliederung nach der Stellung im Beruf ergibt, daß Beamte ihre Arbeitsmarktchancen pessimistischer beurteilen als Angestellte und Arbeiter, wobei der Grund dafür darin zu vermuten ist, daß diese Gruppe von Erwerbstätigen mit ihren besonderen Qualifikationen und Voraussetzungen, ihre Arbeitskraft nur auf einem begrenzten und abgeschotteten Segment des Arbeitsmarktes erfolgversprechend anbieten kann und zudem durch ein hohes Anspruchsniveau charakterisiert ist. Als die Faktoren mit dem größten Einfluß auf die subjektive Einschätzung der Arbeitsmarktchancen erwiesen sich das Lebensalter und der berufliche Bildungsabschluß. Wie aus Tabelle 7 hervorgeht, werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt mit zunehmendem Lebensalter ungünstiger beurteilt, wobei in den Altersgruppen unter 35 Jahren keine signifikanten Differenzen festzustellen sind. Die Gruppe der 50- bis 65jährigen schätzt ihre Arbeitsmarktchancen mit Abstand am schlechtesten ein, eine Beurteilung, die das aus der

¹³) Vgl. dazu Brinkmann, Chr., Schober-Gottwald, K., Zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen während der Rezession 1974/75, in: MittAB 2/1976, S. 91-116.

¹⁴) Die Bedeutung der subjektiven Aspekte der Lebensqualität wird ausführlich diskutiert in: Campbell, A., Converse, Ph., (Hg.), The Human Meaning of Social Change, New York 1972. Vgl. dazu auch Zapf, W., Komponenten der Wohlfahrt, in: Krupp, H.-J., W. Zapf, Sozialpolitik und Sozialberichterstattung, Frankfurt 1977.

¹⁵) Vgl. Welz, F., Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit – Ergebnisse einer Umfrage, hektographierter Forschungsbericht, München 1970.

Tabelle 7
Subjektive Arbeitsmarktchancen nach Geschlecht, Stellung im Beruf, Alter und Berufsausbildung – in Prozent –

	Schwierigkeit, wieder eine geeignete Stelle zu finden			Zahl der Fälle
	Leicht	Schwierig	Praktisch unmöglich	
Erwerbstätige	37	47	16	958
Männer	37	47	16	604
Frauen	36	47	17	354
Abhängig Beschäftigte	35	49	16	824
Beamte	21	48	31	97
Angestellte	34	51	15	375
Arbeiter	40	46	14	338
18 bis 24 Jahre	42	51	7	110
25 bis 34 Jahre	46	46	8	192
35 bis 49 Jahre	35	52	13	338
50 bis 65 Jahre	18	44	38	168
Ohne Abschluß	25	54	21	144
Mit Lehre	39	47	14	440
Fachschule/Meister/Techniker	40	45	15	142
Fachhochschule/Hochschule	19	55	26	90

Frage: Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, wieder eine geeignete Stelle zu finden?

Alltagserfahrung, aber auch aus wissenschaftlichen Untersuchungen bekannte Einstellungsverhalten von Arbeitgebern realistisch zum Ausdruck bringt. Gegenüber 44 Prozent der 18- bis 34jährigen abhängig Beschäftigten sind es nur 18 Prozent der 50- bis 65jährigen, die ihre Wiederbeschäftigungschancen bei einem potentiellen Arbeitsplatzverlust als uneingeschränkt positiv bewerten. Dagegen betrachten es 38 Prozent dieser Altersgruppe als unmöglich, wieder eine geeignete Stelle zu finden, sollte die jetzige verloren gehen, gegenüber nur acht Prozent unter den 18- bis 34jährigen.

Aus Untersuchungen zur Arbeitslosigkeit ist bekannt, daß die faktischen Wiedereingliederungschancen maßgeblich von der Art der beruflichen Ausbildung beeinflusst werden¹⁶⁾. Dieser Zusammenhang spiegelt sich auch im Bewußtsein der Erwerbstätigen wider. Abhängig Beschäftigte, die eine Lehre, eine Berufsfachschule, eine Meister- oder Techniker Ausbildung absolviert haben, beurteilen ihre Arbeitsmarktchancen signifikant optimistischer als die übrigen Gruppen. Überraschend ist der Befund, daß die Absolventen einer Fachhochschule oder Hochschule ihre Chancen pessimistischer als alle anderen Gruppen, einschließlich der Beschäftigten ohne Berufsausbildung, einschätzen. Nur 19 Prozent der Beschäftigten mit einem Hochschulabschluß glauben, daß es für sie leicht sei, wieder eine geeignete Stelle zu finden, während dies 55 Prozent für schwierig und 26 Prozent für praktisch unmöglich halten. Die starke Konkurrenz und die zunehmenden Probleme auf dem Akademikerarbeitsmarkt scheinen die subjektive Bewußtseinslage demnach maßgeblich zu prägen, obwohl die Gruppe der Hochschulabsolventen, zumindest nach früheren Untersuchungsergebnissen, mit die besten Chancen einer Wiederbeschäftigung nach einem Arbeitsplatzverlust hat.

Ein Zeitvergleich mit den Ergebnissen der von Weltz durchgeführten Studie aus dem Jahre 1969 ist nur für die Gruppe der weiblichen Erwerbstätigen möglich. Die Gegenüberstellung (vgl. Tabelle 8) zeigt, daß sich die gegenüber 1969 erheb-

lich verschlechterte Beschäftigungslage in der subjektiven Beurteilung der Arbeitsmarktchancen voll und ganz niedergeschlagen hat. Wenn die Lebensqualität auch subjektive Komponenten hat, so dokumentiert dieser Zeitvergleich eine durchaus nicht unwesentliche Verringerung des Wohlfahrtsniveaus. Dies trifft um so mehr zu, wenn man bedenkt, welche negativen Konsequenzen mit einer pessimistischen Beurteilung der Arbeitsmarktchancen auf der Ebene von Verhaltensdispositionen, wie zum Beispiel der Reduzierung der Konfliktbereitschaft im Betrieb, oder auch der Restriktion faktischen Handelns etwa im Hinblick auf die Berufslaufbahnplanung verbunden sind.

Tabelle 8
Subjektive Arbeitsmarktchancen erwerbstätiger Frauen

Schwierigkeit, eine geeignete Stelle zu finden	1969+		1977	
	abs.	%	abs.	%
Leicht	1 164	77	128	35
Schwierig	196	13	166	45
Praktisch unmöglich	60	4	60	16
Weiß nicht, keine Antwort	91	6	15	4
Gesamt	1 511	100	369	100

*) Quelle: Weltz, F., Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit.

4. Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Dimensionen ihrer subjektiven Bedeutung

4.1 Betroffenheit oder Erfahrung mit Arbeitslosigkeit

Die Untersuchung des Ausmaßes an Erfahrung mit Arbeitslosigkeit im Sinne der persönlichen Betroffenheit zielt darauf ab, aus einer Längsschnittperspektive das kumulative Risiko, arbeitslos zu werden, zu bestimmen und den Personenkreis zu identifizieren, der jemals von Arbeitslosigkeit betroffen war. Informationen zu dieser Fragestellung, die aus der offiziellen Statistik der Arbeitslosigkeit nicht zu entnehmen sind, weil diese als Bestandsstatistik konzipiert ist¹⁷⁾, haben nicht nur deskriptiven Wert. Geht man davon aus, daß Einstellun-

¹⁶⁾ Vgl. Brinkmann, Chr., Schober-Gottwald, K., a. a. O., S. 100 f.

¹⁷⁾ Vgl. dazu Egle, F., Karr, W., Statistische Probleme einer systematischen Betrachtung der Arbeitslosigkeit, in: MittAB 3/1977, S. 363-369.

gen zur Arbeitslosigkeit und das Verhalten Arbeitslosen gegenüber auch durch eigene Erfahrung beziehungsweise das Fehlen eigener Erfahrung geprägt werden, so könnten diese Informationen auch als erklärende Variablen Verwendung finden. Man kann vermuten, daß es zum Beispiel im Hinblick auf die Frage, ob der Zustand der Arbeitslosigkeit für die betroffene Person mit einer sozialen Stigmatisierung verbunden ist, wie vielfach behauptet wird, nicht unwesentlich ist, ob nur eine Minorität der Bevölkerung entsprechende Erfahrungen gemacht hat oder ob dies auf einen großen Anteil oder sogar die Mehrheit zutrifft und die Erfahrung der Arbeitslosigkeit damit praktisch zum kollektiven Wissensbestand gehört.

Bei der Frage nach der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit wurde ein härteres Kriterium angelegt, als bei der Ermittlung von Arbeitsplatzverlusten. Es wurde gefragt: „Wenn Sie einmal zurückdenken, wie oft sind Sie persönlich länger als einen Monat unfreiwillig arbeitslos gewesen?“. Damit sollten Fälle kurzfristiger Friktionsarbeitslosigkeit ausgeschlossen werden. Auf die gesamte Wohnbevölkerung über 18 Jahren bezogen ergab unsere Untersuchung einen Anteil von 23 Prozent der Befragten, die mindestens einmal länger als einen Monat arbeitslos gewesen sind, darunter sieben Prozent mehr als einmal. Berücksichtigt man nur Befragte, die jemals erwerbstätig gewesen sind, kommt man auf einen Anteil von insgesamt 25 Prozent, 32 Prozent bei den Männern und 19 Prozent bei den Frauen (vgl. Tabelle 9). Unter den Zeitpunkt der Befragung abhängig Beschäftigten oder Arbeitslosen sind vor allem die Arbeiter und Angestellten von Interesse.

Wie aus Tabelle 9 hervorgeht, waren 24 Prozent der Angestellten und 32 Prozent der Arbeiter während ihres bisherigen Arbeitslebens mindestens einmal länger als einen Monat unfreiwillig arbeitslos. Eine longitudinale Betrachtungsweise ergibt demnach für Erwerbspersonen mit Arbeiterstatus ein höheres Beschäftigungsrisiko als für die Gruppe der Angestellten. Unter den Arbeitern ist auch der Anteil derjenigen

höher, die mehr als einmal arbeitslos gewesen sind. Arbeiterinnen waren häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als ihre männlichen Kollegen, dies sicher auch als Folge ihrer im Durchschnitt niedrigeren beruflichen Qualifikation. Mehr als jede dritte Arbeiterin war während ihres bisherigen Berufslebens mindestens einmal arbeitslos; ein weiterer Beleg für die besondere Benachteiligung dieser Beschäftigtengruppe. Der Anteil derjenigen, die angeben, mehr als einmal arbeitslos gewesen zu sein, ist allerdings unter den Frauen geringer als unter den Männern, möglicherweise deshalb, weil Arbeitslosigkeit bei Frauen häufig den Rückzug aus dem Berufsleben zur Folge hat.

Wie zu erwarten, wird das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, entscheidend von der Art der beruflichen Qualifikation beeinflußt. Die Ergebnisse bestätigen den aus Untersuchungen zur Struktur der Arbeitslosen bekannten Zusammenhang, daß Risiko und Betroffenheit zunehmen, je geringer die berufliche Qualifikation ist. Gegenüber 17 Prozent der Hochschulabsolventen gaben 38 Prozent der abhängig Beschäftigten oder gegenwärtig arbeitslosen Personen ohne Berufsausbildung an, in ihrem bisherigen Berufsleben mindestens einmal arbeitslos gewesen zu sein.

Sicher keine exakten Daten, aber immerhin doch eine Vorstellung von der Größe des auf das gesamte Erwerbsleben bezogenen Beschäftigungsrisikos erhält man, wenn die entsprechenden Anteile für die Personen berechnet werden, die zum Zeitpunkt der Befragung als Rentner schon aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren. Von diesen Personen gaben 45 Prozent an, in ihrem früheren Berufsleben mindestens einmal arbeitslos gewesen zu sein, von den Männern sogar mehr als jeder zweite. Unter den ehemaligen Arbeitern beträgt dieser Anteil 50 Prozent und ist damit höher als unter den Angestellten.

Ohne diese Resultate hier im einzelnen zu interpretieren und zu diskutieren, kann man daraus doch den einfachen Schluß ziehen, daß persönliche Betroffenheit und Erfahrung mit den

Tabelle 9
Die kumulative Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach verschiedenen Merkmalen

	Länger als einen Monat arbeitslos			Zahl der Fälle
	einmal	In Prozent mehrmals	nie	
Personen, die jemals berufstätig waren	17	8	75	1 769
Männer	21	11	68	849
Frauen	14	5	81	920
Abhängig Beschäftigte und Arbeitslose	18	8	74	882
Männer	16	10	74	562
Frauen	22	5	73	320
Angestellte	19	5	76	401
Männer	18	8	74	206
Frauen	20	3	77	195
Arbeiter	21	11	68	367
Männer	18	13	69	269
Frauen	28	8	64	98
Ohne berufl. Bildungsabschluß	27	11	62	150
Mit Lehre	18	9	73	473
Berufsfachschule, Meister, Techniker	12	6	82	148
Fachhoch-, Hochschule	15	2	83	92
Rentner, die früher erwerbstätig waren	31	14	55	296
Männer	38	18	44	179
Frauen	20	9	71	117
Angestellte	28	10	62	100
Arbeiter	30	20	50	159

Frage: Viele Menschen machen irgendwann in ihrem Arbeitsleben die schmerzliche Erfahrung mit der Arbeitslosigkeit. Wenn Sie einmal zurückdenken, wie oft sind Sie persönlich länger als einen Monat unfreiwillig arbeitslos gewesen?

Problemen der Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung und nicht nur unter den gegenwärtig Erwerbstätigen weit verbreitet sind. Dies muß sicher berücksichtigt werden, wenn über die Reaktion auf Arbeitslosigkeit im Kontext dieser Gesellschaft, insbesondere auch über das Problem der Interaktion zwischen Arbeitslosen und ihrer Umwelt diskutiert wird.

Die Frage nach den Zeitabschnitten, in die die Arbeitslosigkeit fiel, ergab, daß fast die Hälfte der betroffenen Frauen erst in der Phase nach 1970 arbeitslos gewesen ist, gegenüber 28 Prozent der betroffenen Männer. Unter den Männern war dagegen ein größerer Anteil bereits vor 1945 arbeitslos (27 Prozent) als unter den Frauen (17 Prozent).

Tabelle 10
Arbeitslosigkeit nach Zeitabschnitten
(der Befragten, die angaben, jemals mehr als einen Monat arbeitslos gewesen zu sein) – in Prozent

	Vor 1945	1945 –49	1950 –59	1960 –70	nach 1970	Zahl der Fälle
Gesamt	23	9	24	9	35	440
Männer	27	11	25	9	28	268
Frauen	17	7	22	9	46	172

Nicht nur von theoretischem Interesse wäre es, der Frage nachzugehen, inwieweit die historische Phase, in der die Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit gewonnen wurden, einen Einfluß auf die Beurteilung der Arbeitslosigkeit und die Wahrnehmung der Bedrohung durch die Arbeitslosigkeit in der Gegenwart hat. Denkbar wäre, daß Personen, die zu einer Zeit arbeitslos gewesen sind, als Beschäftigungslosigkeit mit Massenelend, materieller Not und politischer Krise gleichbedeutend war, die Bedrohung anders bewerten als Personen, die Arbeitslosigkeit unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, zum Beispiel einer entwickelten sozialen Sicherung und auf einem insgesamt höheren Lebensniveau erfahren haben. Allerdings erlaubt die Datenbasis dieser Untersuchung vor allem wegen der doch vergleichsweise geringen Fallzahlen es nicht, diese Frage verläßlich zu beantworten.

4.2 Dimensionen der Bedeutung von Arbeitslosigkeit und ihre subjektive Wichtigkeit

Für die Dynamik eines sozialen Problems und dessen gesellschaftliche Relevanz ist es nicht unwesentlich, wie es von der Bevölkerung wahrgenommen und welche Bedeutung ihm zugeschrieben wird. Die individuelle Bedeutung, die der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zugeschrieben wird, und die subjektive Wichtigkeit einzelner Dimensionen wurde mit folgender Frage zu ermitteln versucht: „In den Jahren 1975, 1976 und Anfang 1977 gab es in der Bundesrepublik zeitweilig mehr als eine Million Arbeitslose. Nehmen Sie einmal an, Sie würden selbst arbeitslos sein. Was glauben Sie, würden für Sie sehr wichtige, weniger wichtige oder keine Probleme sein?“. Den Befragten wurden acht Items zur Beantwortung vorgelegt, in denen verschiedene, in der öffentlichen Diskussion häufig genannte ökonomische, soziale und psychische Begleiterscheinungen oder Konsequenzen der Arbeitslosigkeit angesprochen werden.

Der besseren Vergleichbarkeit und Interpretierbarkeit halber wurde ein Index der Wichtigkeit berechnet. Dazu wurde die ursprüngliche Ordinalskala unter den üblichen Annahmen in eine Intervallskala transformiert: Die Kategorie „unwichtig“ erhält den Wert Null, die Kategorie „weniger wichtig“ den Wert Eins und die Kategorie „sehr wichtig“ den Wert Zwei. Nach einer Standardisierung und der Multiplikation mit Hundert kann der Index Werte zwischen Null und Zweihundert annehmen. Auf die Gesamtpopulation bezogen ergab die Untersuchung folgende Wichtigkeitsrangfolge der acht genannten Dimensionen:

Rangplatz	Dimension	Index
1	Zukunftsansichten	176
2	Beeinträchtigung des Lebensstandards	155
3	Negative Einflüsse auf das Familienleben	132
4	Persönlicher Mißerfolg	122
5	Nutzlosigkeit	121
6	Beeinträchtigung des sozialen Ansehens	98
7	Verlust von Freunden und Kollegen	94
8	Langeweile	77

Die Rangfolge der Dimensionen zeigt, daß die zentrale Bedeutung der Arbeitslosigkeit nach wie vor in der Bedrohung der zukünftigen und gegenwärtigen Existenz gesehen wird. Dazu gehören auch die vermuteten negativen Einflüsse auf das Familienleben. Psychische Dimensionen der Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls folgen auf den Mittelplätzen. Den sozialen Dimensionen des Prestigeverlustes und der sozialen Isolierung wird ebenso wie der Langeweile als Problem der Arbeitslosigkeit nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung zugeschrieben¹⁸⁾. Tabelle 11 zeigt die Wichtigkeitsrangfolge für verschiedene Bevölkerungsgruppen. Dabei fällt auf, daß es hier keine grundlegende gruppenspezifische Differenzen gibt. Das gilt vor allem für die vorderen Rangplätze. Die Ungewißheit für die Zukunft, die Beeinträchtigung des Lebensstandards und die negative Beeinflussung des Familienlebens werden in dieser Reihenfolge von nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen als die wichtigsten Probleme der Arbeitslosigkeit angesehen.

Deutlicher als in der Rangfolge sind die Unterschiede in der Wichtigkeitsbeurteilung gemessen an den Indexwerten (vgl. Tabelle 12). Hier gibt es sowohl über die Dimensionen als auch über die verschiedenen Teilpopulationen betrachtet eine erhebliche Streuung. Den niedrigsten Wert erreichte die Dimension Langeweile bei den Erwerbstätigen mit Abitur (55), den höchsten die Dimension Zukunftsansichten bei den 18- bis 24jährigen Erwerbstätigen (187).

Der Beeinträchtigung des Lebensstandards schreiben Arbeiter und Arbeitslose die relativ größte Bedeutung zu. Den niedrigsten Punktwert auf dieser Dimension erreichen die Abiturienten, Beamten und Nichterwerbstätigen. Hinsichtlich der Zukunftsansichten ergeben sich plausible Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Für die über 50jährigen ist diese Dimension nicht mehr in dem gleich hohen Maße von Bedeutung wie für die Jüngeren. In der Langeweile wird noch am ehesten von den Jugendlichen und den Arbeitslosen ein Problem gesehen. Langeweile wird offenbar um so weniger als relevante Begleiterscheinung der Arbeitslosigkeit betrachtet, je höher das Bildungsniveau ist und je mehr Alternativen zur Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen. Auf den Dimensionen der Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls, Nutzlosigkeit und persönlicher Mißerfolg, erreichen die männlichen Erwerbstätigen insgesamt höhere Indexwerte als die Frauen. Der soziale Prestigeverlust wird neben den Ju-

¹⁸⁾ Möglicherweise müßte bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden, daß die einzelnen Dimensionen in unterschiedlichem Maße der „sozialen Erwünschbarkeit“ unterliegen. Ein entsprechender Test konnte jedoch im Rahmen dieser Untersuchung nicht durchgeführt werden.

Tabelle 11
Rangfolge der Wichtigkeit verschiedener Dimensionen der Arbeitslosigkeit nach sozialen Merkmalen

	Lebens- standard	Zukunfts- aussichten	Lange- weile	Nutzlosig- keit	Soziales Ansehen	Persönlicher Mißerfolg	Negative Beeinflussung d. Familienleb.	Verlust von Koll. u. Freunden
Befragte insgesamt	2	1	8	5	6	4	3	7
Männer	2	1	8	5	7	4	3	6
Frauen	2	1	8	4	6	4	3	7
Nicht-erwerb- stätige	2	1	8	4	6	5	3	7
Erwerb- stätige insges.	2	1	8	5	7	4	3	6
Männer	2	1	8	5	6	4	3	6
Frauen	2	1	8	5	7	4	3	6
Beamte	3	1	8	5	7	4	2	6
Angestellte	2	1	8	5	7	4	3	6
Arbeiter	2	1	8	4	6	5	3	7
Volks-Hauptschul- abschl.	2	1	8	5	6	4	3	7
Mittlere Reife	2	1	8	5	7	4	3	6
Abitur	2	1	8	4	7	5	3	6
18-24 Jahre	2	1	8	5	7	3	4	6
25-34 Jahre	2	1	8	5	7	4	3	6
35-49 Jahre	2	1	8	5	7	4	3	6
50-65 Jahre	2	1	8	3	6	5	4	7
Arbeitslose	2	1	7	5	8	6	3	4

Tabelle 12
Wichtigkeitsindex¹ für verschiedene Dimensionen der Arbeitslosigkeit nach sozialen Merkmalen

	Lebens- standard	Zukunfts- aussichten	Langeweile	Nutzlosig- keit	Soziales Ansehen	Persönl. Mißerfolg	Negative Beeinfl. d. Familienleb.	Verlust von Kollegen u. Freunden	Gesamt- index
Befragte insgesamt	155	176	77	121	98	122	132	94	122
Männer	158	181	82	130	99	132	142	101	126
Frauen	154	176	72	114	95	114	125	88	117
Nicht-erwerb- stätige	150	174	76	120	97	115	125	86	118
Erwerb- stätige insgesamt	159	182	76	124	98	130	140	100	126
Männer	161	185	80	128	103	135	149	103	131
Frauen	157	179	69	117	88	119	125	95	119
Beamte	150	180	67	122	93	131	152	102	125
Angestellte	156	183	69	117	95	130	141	97	124
Arbeiter	174	184	89	131	108	128	137	99	131
Volks-, Hauptschulabschl.	168	184	83	127	106	129	143	101	130
Mittlere Reife	151	178	67	119	84	130	134	91	119
Abitur	141	181	55	120	77	119	123	99	114
18-24 Jahre	157	187	96	140	113	148	146	129	140
25-34 Jahre	157	186	77	128	95	134	154	102	129
35-49 Jahre	162	185	68	116	95	130	142	97	125
50-65 Jahre	157	173	76	124	89	110	114	83	116
Arbeitslose	171	174	93	112	95	108	130	113	123

¹⁾ der Wichtigkeitsindex wurde nach folgender Formel ermittelt:

$$100 \cdot \frac{(n_1 w_1 + n_2 w_2 + n_3 w_3)}{N}$$

wobei n₁ = die Häufigkeit der Kategorie „sehr wichtig“; w₁ = den Punktwert 2; n₂ = die Häufigkeit der Kategorie „weniger wichtig“; w₂ = den Punktwert 1; n₃ = die Häufigkeit der Kategorie „unwichtig“; w₃ = den Punktwert 0 und N die Gesamthäufigkeit darstellt.

gendlichen vor allem von den Arbeitern als ein relativ wichtiges Problem betrachtet. Eine negative Beeinflussung des Familienlebens erwarten die 25- bis 34jährigen eher als die anderen Altersgruppen, die Erwerb-stätigen mit Hauptschulabschluss eher als diejenigen mit einem höheren Bildungsabschluss, Beamte eher als Arbeiter und Männer eher als Frauen. Dem Verlust von Kollegen und Freunden schreiben Jugendliche und die Arbeitslosen vergleichsweise die größte Bedeutung zu, die Erwerb-stätigen im Alter von 50 bis 65 Jahren die geringste.

An einem Gesamtindex gemessen (arithmetisches Mittel der Einzelindices) wurden die angesprochenen Dimensionen insgesamt von der Gruppe der 18- bis 24jährigen Erwerb-stätigen am wichtigsten genommen, gefolgt von den Arbeitern und der Gruppe der Erwerb-stätigen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss. Verallgemeinern kann die in dem Gesamtindex zusammengefaßte Beurteilung der Arbeitslosigkeitsdimensionen so interpretiert werden: Männer empfinden die genannten Folgen der Arbeitslosigkeit bedeutender als Frauen, Arbeiter bedeutender als Beamte und Angestellte,

Erwerbstätige mit Volks- oder Hauptschulabschluß bedeutender als Erwerbstätige mit mittlerer Reife oder Abitur, jüngere Erwerbstätige bedeutender als ältere.

Die Arbeitslosen selbst nehmen in dieser Rangfolge nur einen Mittelplatz ein. Dies könnte so interpretiert werden, daß die angesprochenen Bedeutungsdimensionen der Arbeitslosigkeit sich für verschiedene Gruppen von Erwerbstätigen bedrohlicher und wichtiger darstellen, als sie von den tatsächlich Betroffenen wahrgenommen und erfahren werden. Allerdings muß hier berücksichtigt werden, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesem Sample nur sehr gering ist und deshalb die entsprechenden Angaben für diese Gruppe mit größeren Zufallsfehlern behaftet sind.

4.3 Die subjektive Beurteilung der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit

Die Bedrohung, die von einem Arbeitsplatzverlust ausgeht, ist um so größer, je unzureichender die Maßnahmen der sozialen Sicherung sind, je stärker also die materielle und soziale Existenz durch Arbeitslosigkeit gefährdet wird. Das Ausbleiben sozialer Unruhen und Konfliktverschärfungen, das Ausbleiben auch von quantitativ ins Gewicht fallenden Bekenntnissen zu extremen Parteien und insgesamt eines spürbaren Entzugs von Massenloyalität bei der seit mehreren Jahren anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit, wird immer wieder mit der Dichte und der Leistungsfähigkeit des Systems der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik erklärt¹⁹⁾. Daten zur objektiven Leistung des Systems der sozialen Sicherung und der

¹⁹⁾ Vgl. Noll, H.-H., a. a. O., S. 253 ff.

²⁰⁾ Brinkmann, Chr., Finanzielle und psycho-soziale Belastungen während der Arbeitslosigkeit, in: MittAB 4/1976, S. 397-413; Noll, H.-H., a. a. O., S. 254 ff.; Saterdag, H., Situationsmerkmale von Arbeitslosen Anfang 1975 und Voraussetzungen für die Aufnahme einer neuen Beschäftigung, in: MittAB 2/1975, S. 136-148.

faktischen finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen bestätigen zwar die generelle Funktionsfähigkeit der Sicherungsinstitutionen, sie zeigen andererseits aber auch beträchtliche Einkommenseinbußen und das Entstehen von Problemgruppen durch Arbeitslosigkeit auf²⁰⁾. Darüber hinaus wird die arbeitsmarktpolitische Frage nach der angemessenen Höhe der Arbeitslosenunterstützung seit langem kontrovers diskutiert. Es ist daher von Interesse zu wissen, wie der Bevölkerungsdurchschnitt und wie verschiedene, selbst mehr oder weniger bedrohte oder betroffene Bevölkerungsgruppen die finanzielle Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit subjektiv beurteilen.

Auf die Frage „Ist die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit Ihrer Meinung nach in der heutigen Zeit unzureichend, ausreichend, gut oder übertrieben?“ antworten 13 Prozent aller Befragten mit „unzureichend“, 44 Prozent „ausreichend“, 20 Prozent „gut“, 13 Prozent „übertrieben“ und 10 Prozent „weiß nicht“. Das Ergebnis dokumentiert in der Tendenz eine negative Beurteilung und fällt damit überraschend kritisch aus. Der häufigste Wert ist über alle Gruppen hinweg die Kategorie „ausreichend“ (vgl. Tabelle 13).

Erwerbstätige beurteilen die Absicherung als potentiell Betroffene etwas kritischer als Nichterwerbstätige, die selbständig Beschäftigten sehen die Absicherung nur zu einem geringen Teil als unzureichend an, aber fast ein Drittel hält sie für übertrieben hoch. Noch geringer als bei den Selbständigen ist unter den Beamten, als von Arbeitslosigkeit kaum bedrohter Gruppe, der Anteil, der die Absicherung als unzureichend bewertet, mit drei Prozent. Deutlich höher ist dieser Anteil unter den Angestellten mit 14 Prozent und unter den Arbeitern mit 20 Prozent. Die Arbeitslosen selbst beurteilen die finanzielle Absicherung erheblich negativer als alle anderen Gruppen.

Tabelle 13
Subjektive Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit – in Prozent –

	Absicherung ist					Zahl der Fälle
	unzureichend	ausreichend	gut	übertrieben	weiß nicht	
Befragte insgesamt	13	44	20	13	10	2 002
Nichterwerbstätige	12	40	19	13	15	965
Männer	10	42	23	17	8	263
Frauen	12	40	18	12	18	702
Erwerbstätige	13	47	20	13	6	989
Männer	13	49	21	13	4	620
Frauen	14	44	19	13	10	369
Selbständige	7	34	28	28	3	74
Beamte	3	43	31	17	6	101
Angestellte	13	49	20	12	6	385
Arbeiter	19	49	15	10	7	345
Arbeitslose	(38)	(48)	(10)	(2)	(2)	42

Frage: Ist die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit Ihrer Meinung nach in der heutigen Zeit unzureichend, ausreichend, gut oder übertrieben?